Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Mittwoch, 11. Oktober	Nr. 1471

Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht.

Berlin, 11. Oktober. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Im Osten nähern sich die deutschen Truppen in Mittelpolen der längs des Bugs verlaufenden deutsch-russischen Interessengrenze.

Im Westen: Nach ruhig verlaufener Nacht tagsüber schwache Artillerietätigkeit.

Deutsche Operationen in der Nordsee.

Berlin, 11. Oktober. Vom 7. Oktober beginnend, fanden gemeinsame Operationen von schweren und leichten Seestreitkräften sowie Luftstreitkräften in der nördlichen Nordsee und an der norwegischen Westküste statt.

Im Verlaufe dieser Operationen angesetzten Luftstreitkräften gelang es, englische Seestreitkräfte zu stellen und, wie bereits berichtet, zu schädigen. Die Operationen werden fortgesetzt.

Jugoslawien zum Opferwillen des deutschen Volkes.

Belgrad, 11. Oktober. Die Rede des Führers zur Eröffnung des Winterhilfswerkes wird von den jugoslawischen Blättern in großer Aufmachung im Wortlaut veröffentlicht.

Als Überschrift wählt die **Politika** die Erklärung, daß keine Macht der Welt je wieder Deutschland so wie einst niederwerfen könne. **Wenn** dabei hervor, daß Deutschland zum Frieden bereit sei, aber auch notfalls entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen.

Auch in politischen Kreisen wird die Führerrede lebhaft erörtert. Meist stellt man sie der Rundfunkansprache Daladiers gegenüber. In den politischen Kreisen der jugoslawischen Hauptstadt kann man ziemlich übereinstimmend hören, daß man von dem unerschütterlichen Friedenswillen und Kampfeswillen Adolf Hitlers überzeugt sei, während die Auslassungen des französischen Ministerpräsidenten öfter als „bedauerlich leer" bezeichnet werden.

Weiter ist man von dem Opferwillen des deutschen Volkes, wie er im Winterhilfswerk zum Ausdrucke kommt, ehrlich beeindruckt. Ein jugoslawischer Politiker meinte, solange ein Volk freiwillig und freudig solche Opfer zu bringen imstande sei, könne ihm niemand etwas anhaben.

„Die Führerrede entschlossen und verantwortungsbewußt".

Budapest, 11. Oktober. Die ungarische Presse schenkt der Rede des Führers bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1939/40 stärkste Beachtung und stellt ihren entschlossenen und verantwortungsbewußten Inhalt der pathetischen Rede Daladiers gegenüber.

So überschreibt das Regierungsblatt **Friggetlenseg** seinen Bericht: „Hitler hat den unveränderlichen Friedenswillen Deutschlands erneut unterstrichen."

Pester Lloyd schreibt: „Wir nehmen die erfreulichen Erscheinungen wahr, die auf die Konsolidierung einer kriegsfreien Zone in Südosteuropa hindeuten und stellen hinter dieser Entwicklung die zielbewußte Aktivität der italienischen Politik fest. Es ist schon heute klar, daß bei den kommenden entscheidenden Ereignissen auch das Wort und die Macht Italiens mit großem Gewicht in die Waagschale fallen werden."

„Ausdruck der Entschlossenheit Deutschlands".

Rom, 11. Oktober. Die Führerrede im Sportpalast bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes wird von der italienischen Presse groß aufgemacht und als Beweis für die Friedenspolitik, gleichzeitig aber auch für die Entschlossenheit des deutschen Volkes gewertet, den Kampf, falls er ihm aufgezwungen werden sollte, bis ans Ende durchzuführen.

Der Berliner Vertreter des **Popolo di Roma** betont, daß der Führer diesen unerschütterlichen Willen Deutschlands unmißverständlich zum Ausdruck gebracht habe.

Mailand, 11. Oktober. Die Rede des Führers anläßlich der Eröffnung des Winterhilfswerkes wird auch von der norditalienischen Presse als ein neuer Beweis für die Friedenspolitik Deutschlands bezeichnet.

Deutschland wolle ungestört in seinem Lebensraum leben und an den Gütern der Erde in dem Ausmaß teilnehmen, das ihm zustehe, erklärt der **Corriere della Sera**, der ebenso wie alle übrigen Blätter die Rede Adolf Hitlers in ausführlichen Auszügen an die Spitze seines Titelblattes stellt.

Popolo d'Italia schreibt, Adolf Hitler habe seinen Standpunkt in unmißverständlicher Klarheit wiederholt. Der Führer habe den festen und unerschütterlichen Willen Deutschlands klar unterstrichen, alle Kräfte zu konzentrieren, um den Kampf bis aufs Äußerste zu führen, wenn sich die Friedenspolitik Deutschlands als vergeblich erweisen sollte, erklärt die **Stampa**.

Die **Gazzetta del Popolo** stellt angesichts der klaren Haltung Deutschlands noch einmal die Frage, was denn nun eigentlich die englisch-französischen Kriegsziele seien.

„Die deutsche Bereitwilligkeit zum Frieden."

Brüssel, 11. Oktober. Die Rede des Führers bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes wird von der belgischen Presse an hervorragender Stelle wiedergegeben. In den Ueberschriften unterstreichen die Blätter besonders, daß der Führer noch einmal die deutsche Bereitwilligkeit zum Frieden zum Ausdruck gebracht habe. Auch die Entschlossenheit Deutschlands, zu kämpfen, wenn die anderen diese Bereitwilligkeit ablehnen, wird hervorgehoben.

Die **Gazette** überschreibt ihre Meldung: „Das deutsche Volk muß seinen Teil an den Gütern der Welt haben". **Nation Belge** bringt die Ueberschrift: „Hitler wiederholt, daß Deutschland friedlicher Kriegsgrund gegen Frankreich und England habe". Die **Métropole** bringt die Schlußzeile: „Niemals wird Deutschland mehr kapitulieren".

Die jugoslawische Presse zur Neuordnung in Nordosteuropa.

Belgrad, 11. Oktober. Die jugoslawische Presse verfolgt mit besonderer Anteilnahme die Neuordnung der Verhältnisse im baltischen Raume. Belgrader Zeitungen stellen in diesem Zusammenhang fest, daß die Interessen des Deutschen Reiches durch die Abmachungen Sowjetrußlands mit den einzelnen baltischen Staaten keinesfalls berührt werden. Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Frage einer Umsiedlung der Deutschen aus Lettland und Estland in die wiedergewonnenen Ostgebiete.

Hrvatski Dnevnik (Agram) schreibt, daß die Neuordnung der Verhältnisse in Nordosteuropa von allergrößter politischer Bedeutung sei. Deutschland habe jetzt diese Probleme gelöst, nachdem der Versailler Vertrag die deutschen Interessen im Osten von Grund auf verletzt gehabt habe. Auch Rußland habe das ihm in Versailles zugefügte Unrecht wieder gutgemacht.

Die Westmächte müßten jetzt diesen Zustand, vielleicht mit einigen auf dem Wege von Verhandlungen erreichten Korrekturen, anerkennen oder aber den Krieg führen. Dabei würden sie sich aber nicht nur der großen deutschen Wehrmacht gegenüberfinden, sondern auch der deutschen diplomatischen Aktion. Schließlich sei auch Rußland an der Sicherung seines Besitzes interessiert.

Ermutigung der Friedensmöglichkeiten.

Brüssel, 11. Oktober. In der führenden flämischen Zeitung **Laatste Nieuws** erklärt der frühere Landwirtschaftsminister Hoste, daß die Neutralität nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber den anderen Ländern und besonders gegenüber den kriegführenden Staaten mit sich bringe. Die Möglichkeit für den Frieden müsse in den neutralen Ländern ermutigt werden, wenn eine Aussicht vorhanden sei, einen wirklichen Frieden zu erreichen.

Wenn man sich von dem heutigen Zustand befreien wolle, dann sei es nötig, daß die wirklichen Grundlagen für das Vertrauen gelegt würden. Die schöpferischen Kräfte, die in den verschiedenen Nationen vorhanden seien, müßten zur ungehinderten Entfaltung kommen. Abschließend erinnert Hoste an die vor Ausbruch des Krieges vorhandenen Vermittlungsbestrebungen der neutralen Staaten. Diese Bestrebungen könnten ausfindig gemacht sein, wenn sie sich auf den klaren Willen stützten, die Verhältnisse in Europa dauerhafter und sicherer zu gestalten.

Voix du Peuple fordert einen Waffenstillstand und die Erörterung der Vorschläge des Führers. Alle Völker würden eine Friedenskonferenz einem schrecklichen imperialistischen Krieg vorziehen. Die Kriegshetzer verträten nicht die Ansichten ihrer Völker, die den Frieden wünschten.

Entscheidender Umbruch für die baltischen Staaten.

Riga, 11. Oktober. Zum lettisch-russischen Beistandspakt äußert sich die baltbaltische **Briva Zeme.** Das Blatt hebt hervor, daß die Verträge Estlands und Lettlands mit der Sowjetunion ein außerordentlich wichtiger Umbruchspunkt in der Entwicklung der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen zwischen den baltischen Völkern und ihrem großen östlichen Nachbarland seien.

Die Staaten, zwischen denen als Nachbarn schon 19 Jahre korrekte und gute Beziehungen bestanden hätten, seien nun zu Verbündeten geworden. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Pakt einen Beitrag zur Stärkung des Friedens in Osteuropa bilden möge.

„Jüdische Rache an Deutschland".

Oslo, 11. Oktober. Es komme der Allgemeinheit zu wenig zum Bewußtsein, schreibt **Nationen**, daß ein großer Teil der Weltpresse jegliche Friedensbestrebung bekämpft, weil diese Presse vom jüdischen Kapital beherrscht werde. Dieses Kapital interessiere sich nicht für den Ausgang des Krieges, ihm sei es gleichgültig, ob neutrale Völker dabei vernichtet werden, ob ganz Europa untergehe; es habe nur das eine Ziel: Rache an Deutschland! So werde durch die Hetze des jüdischen Kapitals eine künstliche Kriegsstimmung erzeugt und der Welt eingeredet, daß es eine Kleinigkeit sei, Deutschland zu schlagen. Glücklicherweise gebe es aber nach Kreise, die mit der Wirklichkeit rechneten.

Litauen erhält das Wilnagebiet.

Moskau, 11. Oktober. Die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Litauen, die vom 3. bis 10. Oktober gedauert hatten, sind zum Abschluß gebracht worden. Sie endeten mit der Uebergabe der Stadt und des Gebietes von Wilna an Litauen und mit der Unterzeichnung eines Beistandspaktes nach dem Muster der mit Estland und Lettland abgeschlossenen Verträge.

An den Verhandlungen nahmen teil von sowjetrussischer Seite Stalin, der Regierungschef und Außenkommissar Molotow, der Stellvertretende Außenkommissar Potemkin und der sowjetrussische Geschäftsträger in Kowno, Posdnjakow, von litauischer Seite der Außenminister Urbšys, der Stellvertretende litauische Ministerpräsident Bizauskas, der Armeegeneral Rastikis und der litauische Gesandte in Moskau, Natkevicius.

Der Sekretär des Großmufti in Spanien.

Madrid, 11. Oktober. In Granada traf der Sekretär des muselmanischen Großmufti ein. Auf Einladung des spanischen Außenministers bereitet er zur Zeit Spanien.

Der Sekretär gewährte Pressevertretern eine Unterredung. Er erklärte, daß Spaniens Kolonisationsarbeit in Nordafrika vorbildlich sei. Spanien habe als erstes Land die Ziele der islamischen Welt richtig erkannt. Der Sekretär gedachte der 20000 Araber, die für die gemeinsame Sache des Islams, zu dem auch das Palästinaproblem gehöre, gefallen seien.

Britische Seeräuberei auch gegen Japan.

Tokio, 11. Oktober. Die Zeitung **Nitchi Nitchi** meldet, daß **britische Kriegsschiffe wiederholt in der Nähe der japanischen Küste erschienen seien und japanische Handelsschiffe angehalten hätten. Bisher seien Fälle in der Nähe von Formosa und kürzlich sogar bei Nagasaki zu verzeichnen gewesen.**

Im letzteren Falle handele es sich um die wichtige Schiffahrtslinie von Japan nach China, so daß die britischen Aktionen als Bedrohung Japans aufgefaßt werden müßten. Ende September sei ein britischer Kreuzer in der Nähe der Insel Schikotu, Anfang Oktober zwischen Formosa und Japan und am 7. Oktober an der südjapanischen Küste beobachtet worden. Alle Berichte stammten von japanischen Handelsdampfern in japanischen Gewässern.

Die japanische Flotte sei natürlich, so erklärt das Blatt, über das Erscheinen der britischen Kriegsschiffe in japanischen Gewässern stark befremdet und das japanische Volk habe für solches Vorgehen kein Verständnis.

Hull über die Beschlüsse von Panama.

Washington, 11. Oktober. Staatssekretär des Aeußeren Hull hielt am Dienstag vor der Jahrestagung des Amerikanischen Außenhandelsverbandes eine Rede über neue Welthandelsprobleme und die Vereinigten Staaten.

Hull betonte eingangs mit großer Bestimmtheit, daß Nordamerika — gemeinsam mit allen anderen amerikanischen Republiken — entschlossen sei, den Krieg von den Küsten der westlichen Halbkugel fernzuhalten. Dies war gleichzeitig eine klare Antwort an diejenigen Kreise, die aus der Proklamation von Panama lediglich den Schutz amerikanischer Schiffe herauslesen wollen.

Der Staatssekretär gab seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die amerikanischen Länder mit diesem Beschluß erfolgreich sein und daß sie nicht in die Kriegskatastrophe verwickelt werden würden.

Er geißelte sodann die schweren Fehler, die am Schluß des letzten Weltkrieges begangen wurden, als man in Nichtachtung fundamentaler Lebensbedürfnisse den Welthandel durch ständig ausgedehntere Handelsschranken jeder Art aus seinen natürlichen Kanälen abdrängte. Die Folge dieser falschen Maßnahmen sei die schwere Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts gewesen.

Jetzt, wo sich die Welt einem neuen Krieg gegenübersehe, müsse Amerika seine Haltung festlegen, sowohl bezüglich der gegenwärtigen Kriegszeit als auch in Vorbereitung der Wiederaufbauperiode nach Beendigung der Feindseligkeiten. Für die Gegenwart sei für Amerika der klügste und sicherste Kurs, an dem Krieg nicht teilzunehmen und beiden kriegführenden Gruppen gegenüber eine unparteiische Haltung zu bewahren.

Dieser Kurs wahrer Neutralität ermögliche den Vereinigten Staaten die Fortführung des Handelsverkehrs mit beiden kriegführenden Seiten sowie mit den anderen Neutralen in den Grenzen sowohl der legitimen Beschränkungen, die von den Kriegführenden festgesetzt würden, als auch der Einschränkungen, die Amerika sich zur Vermeidung von Gefahr für seine Bürger, Waren oder Schiffe selbst auferlege.

Hierzu gehöre die cash and carry-Bestimmung. Sie sei ein Opfer, das man auf Kosten des eigenen Handels und der eigenen Schiffahrt bringen müsse, um die Sicherheit der amerikanischen Nation zu stärken und eine größere Gewißheit zu gewinnen, daß Amerika der Frieden erhalten bleibe.

Im Verkehr mit anderen neutralen Ländern befänden die größten Schwierigkeiten in den Bann gutlisten und anderen Kontrollmaßnahmen der Kriegführenden. Hier müsse Amerika einen wohlausgeglichenen Kurs zwischen dem Schutz amerikanischer Handelsinteressen und der Vermeidung unklugen Risikos steuern.

Auf der westlichen Halbkugel sei soeben in Panama eine Reihe von Maßnahmen verabredet worden, um die amerikanischen Länder vor dem Krieg zu schützen und die durch den Krieg ausgelösten wirtschaftlichen Erschütterungen möglichst abzudämpfen. Hull wies in diesem Zusammenhang auf die Konferenz der amerikanischen Finanzminister Anfang November in Guatemala, sowie auf den interamerikanischen Finanz- und Wirtschaftsausschuß, der Mitte November in Washington zusammentritt, hin.

Im zweiten Teil seiner Rede wandte sich Hull den Nachkriegsproblemen zu; „denn", so sagte er, „Kriege gehen ja eines Tages zu Ende und dann beginnt die noch viel schwierigere Arbeit der Wiederaufbaus".

Hierbei müsse man die schweren Fehler der ersten Jahre nach dem letzten Weltkrieg im Auge behalten und gesundere Grundlagen schaffen, denn sonst träte die Menschheit in eine unabsehbare Zeitperiode ein, worin der Wirtschaftskrieg mit dem Waffenkrieg abwechsle.

Während des Krieges der Waffen sei eine weitgehende Wirtschaftslenkung unvermeidlich; aber wenn der Friede wiederhergestellt sei, müßten die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Schwesterrepubliken und „mit allen anderen Nationen" dahin arbeiten, daß die Grundsätze des internationalen guten Glaubens und des großzügigen Handelsverkehrs durchgeführt und beibehalten werden.

Landesverräter hingerichtet.

Berlin, 11. Oktober. Die Justizpressestelle beim Volksgerichtshof teilt mit:

Der vom Volksgerichtshof am 29. August 1939 wegen Landesverrats zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte Günter Haupt ist heute hingerichtet worden.

Haupt, der mehrfach vorbestraft ist, flüchtete im Sommer 1937 ins Ausland, um sich der Vollstreckung einer längeren Gefängnisstrafe zu entziehen. Dabei fiel er dem ausländischen Nachrichtendienst in die Hände. Zu diesem Auftrag unternahm er später zwei ausgedehnte Reisen nach Deutschland, die der Ausspähung von Verteidigungsanlagen der Deutschen Wehrmacht galten. Als er im Begriff war, eine dritte Ausspähungsreise anzutreten, wurde er festgenommen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.